

## **CSU-Fraktion**

Eva Kahlenberg  
Schopenhauerstr. 13 b  
85579 Neubiberg

### **Gemeinde Neubiberg**

1. Bürgermeisterin  
Frau Johanna Rumschöttel  
Rathausplatz 8

85579 Neubiberg

11. Dez. 06

Die CSU-Fraktion stellt folgende Anträge:

#### **1. Hauptstraße**

Der Gemeinderat beruft aus seinen Reihen eine Arbeitsgruppe, die innerhalb der nächsten vier Monate für den Umbau der Hauptstraße realisierbare Planungsschritte vorschlägt. Die CSU-Fraktion stellt dafür ihre bereits geleistete Vorplanung zur Verfügung.

Begründung:

Die S-Bahn-Überquerung in der jetzigen Form ist ein Verkehrshindernis. Tagtäglich entstehen gefährliche Situationen für Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger. Durch die Stausituationen, auch bedingt durch die Ampelanhäufung in der unmittelbaren Nähe des Bahnübergangs, wird der Bürger starken Immissionen, wie Lärm, Staub und Abgasen ausgesetzt. Ebenso werden die Einsätze unserer Feuerwehren nicht selten durch eine geschlossene Schranke behindert bzw. verzögert.

Einer raschen Verbesserung bedarf auch die Kreuzungssituation in der Äußeren Hauptstraße.

#### **2. Einführung des kaufmännischen Rechnungswesen**

Die CSU-Fraktion stellt den Antrag, das kaufmännische Rechnungswesen bis zum 01.01.2008 einzuführen. Hierzu benennt der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung eine Projektgruppe.

Begründung:

Das bisherige kommunale Haushaltsrecht wird durch das kamerale Haushalts- und Rechnungswesen bestimmt. Die damit verbundene Orientierung an Einnahmen und Ausgaben ermöglicht keine integrierte Darstellung des Ressourcenverbrauchs.

Eine Verwaltungssteuerung, die sich an Ressourcenverbrauch und Werteverzehr orientiert, bedarf eines Rechnungswesens, das die erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen kann. Dieser Aufgabe wird ein kaufmännisches Rechnungswesen gerecht, das auf der Grundlage der doppelten Buchführung arbeitet und Ressourcen-aufkommen und Ressourcenverzehr über Erträge und Aufwendungen vollständig abbildet.

Moderne Modelle der Verwaltungsteuerung, wie das kaufmännische Rechnungswesen, wurden bereits in verschiedenen Gemeinden und Städten eingeführt. Diese bestätigen, dass durch die Umstellung eine größere Haushaltstransparenz für Gemeinderat und Verwaltung eingetreten ist. Der Überblick über die finanzpolitischen Ziele und Handlungsfelder wird dadurch deutlich verbessert.

Die Staatsregierung hat dementsprechend bereits einen Gesetzesentwurf eingebracht, der ein Wahlrecht für die Gemeinden vorsieht.

Mit freundlichem Gruß,

Eva Kahlenberg  
CSU-Fraktionssprecherin